

Demokratie und Staatstechnik

Eine praxeologische Rekonstruktion von Regime-Hybridität in der Türkei

Bearbeitet von
Dr. Taylan Yildiz

1. Auflage 2012. Buch. 238 S. Kartoniert
ISBN 978 3 8329 7484 8
Gewicht: 362 g

[Recht > Europarecht , Internationales Recht, Recht des Auslands > Recht des Auslands](#)

schnell und portofrei erhältlich bei


DIE FACHBUCHHANDLUNG

Die Online-Fachbuchhandlung beck-shop.de ist spezialisiert auf Fachbücher, insbesondere Recht, Steuern und Wirtschaft. Im Sortiment finden Sie alle Medien (Bücher, Zeitschriften, CDs, eBooks, etc.) aller Verlage. Ergänzt wird das Programm durch Services wie Neuerscheinungsdienst oder Zusammenstellungen von Büchern zu Sonderpreisen. Der Shop führt mehr als 8 Millionen Produkte.

Taylan Yildiz

Demokratie und Staatstechnik

Eine praxeologische Rekonstruktion
von Regime-Hybridität in der Türkei



Nomos

Weltregionen im Wandel | 13

Die Reihe
„Weltregionen im Wandel“
wird herausgegeben von

Dr. Holger Albrecht, American University in Cairo
Prof. Dr. Aurel Croissant, Universität Heidelberg
Dr. Rolf Frankenberger, Universität Tübingen
Prof. Dr. Friedbert W. Rüb, Humboldt-Universität Berlin
Prof. Dr. Siegmund Schmidt, Universität Koblenz-Landau
Dr. Peter Thiery, CAP, München und Universität Würzburg

Taylan Yildiz

Demokratie und Staatstechnik

Eine praxeologische Rekonstruktion von
Regime-Hybridität in der Türkei



Nomos

Gefördert durch die Hans-Böckler-Stiftung.

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Zugl.: Bremen, Univ., Diss., 2010

ISBN 978-3-8329-7484-8

1. Auflage 2012

© Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2012. Printed in Germany. Alle Rechte, auch die des Nachdrucks von Auszügen, der fotomechanischen Wiedergabe und der Übersetzung, vorbehalten. Gedruckt auf alterungsbeständigem Papier.

INHALTSVERZEICHNIS

EINLEITUNG	13
Problemaufriss	13
Ziel der Arbeit	20
Forschungsstand	23
Methodologische Anlage der Arbeit	30
Kernaussagen der Untersuchung	35
Aufbau der Arbeit	37
ERSTER TEIL	39
1. Wissen. Grundbegriffliche Überlegungen	41
1.1. Wissen und Wirklichkeit	43
1.2. Zur Dynamik sozialer Wirklichkeit(en)	47
1.3. Kontingenzschließung und Erfahrungsorganisation	53
2. Wissen. Ebenen der Erfahrungsorganisation	56
2.1. Wissen als Frame	57
2.2. Wissen als Diskurs	64
2.3. Wissen als Praktik	70
3. Grundzüge einer praxeologischen Demokratieforschung	78
3.1. Forschungsdesign: Demokratie als Projekt	82
3.2. Untersuchungsdimensionen: ›demos‹ und ›kratein‹	86
3.3. Methodik: Übersetzung und Intertextualität	93
ZWEITER TEIL	103
4. Rezeptionsstrategien und kollektive Identitätsbildung	108
4.1. Legitimationskrise einer multiethnischen Ordnung	110
4.2. Institutionalisierung der säkularen Option	119
4.3. Erneuerungen der säkularen Option	129

5. Homogenisierungspraktiken und Ordnungsbildung	150
5.1. Ordnungsbildung durch Genozid: Die Armenier-Frage	153
5.2. Ordnungsbildung durch Ethnozid: Die Dersim-Frage	160
5.3. Ordnungsbildung und demokratische Institutionen	169
6. Einheitskämpfe, Machttechniken und die Metamorphosen des Staates	181
6.1. Die demokratische Metamorphose des Staates	184
6.2. Die staatstechnische Metamorphose der Demokratie	196
FAZIT	207
LITERATUR	215

Abkürzungsverzeichnis

ADD	Atatürk Gedanken Verein
ADV	Atatürk Gedanken Stiftung
ANT	Akteur-Netzwerk Theorie
CHP	Republikanische Volkspartei
ÇYDV	Verein zur Förderung der zeitgemäßen Lebensweise
DTP	Partei der demokratischen Gesellschaft
DP	Demokratische Partei
OYAK	Pensionsfond der Armee
MGK	Nationaler Sicherheitsrat
RTÜK	Hoher Radio- und Fernsehrat
STKB	Vereinigung zivilgesellschaftlicher Organisationen
TC	Türkische Republik
TPG	Türkisches Parteiengesetz
TSK	Türkische Streikkräfte
TV	Türkische Verfassung
YÖK	Hochschulrat

EINLEITUNG

Problemaufriss

Mit der Ausrufung der türkischen Republik am 29. Oktober 1923 wurde der osmanischen Theokratie ein jähes Ende gesetzt. Treibende Kraft des Transformationsprozesses war Mustafa Kemal, dem es nach einer schweren Kriegsniederlage auf der Seite der Achsenmächte gelungen war, eine Befreiungsbewegung zu organisieren, die im Kampf gegen die Entente erfolgreich und überdies imstande war, auf dem anatolischen Restbestand des Reiches ein Entwicklungsregime zu errichten, in dessen Rahmen die zum Ende der Dynastie eingeleiteten Reformen systematisiert und mit nationalstaatlich-säkularem Impetus vorangetrieben werden konnten. Fortan beschränkten sich die politischen Reformbemühungen nicht mehr nur auf die Erneuerung des exekutiven Herrschaftsapparates. Das Interesse galt fortan einer möglichst umfassenden Überwindung aller Modernisierungsschranken, die für das Scheitern einer am westlichen Ideal orientierten Entwicklung verantwortlich gemacht werden konnten (Berkes 1998; Lewis 1968; Ahmad 1993; Zürcher 2004). Das Projekt sollte nicht nur die Institutionen der politischen Herrschaft erneuern, sondern auch in der Demokratisierung des politischen Systems aufgehen. Mustafa Kemal war von der Demokratie offenbar sehr beeindruckt und davon überzeugt, mit dem Aufbau nationalstaatlicher Institutionen einen entsprechenden Lern- und Entwicklungsprozess in Gang gesetzt zu haben. Das türkische Volk, so seine Vision, würde sich im Zuge umfassender Reformmaßnahmen die Prinzipien der Demokratie aneignen und sich mit den neuen Institutionen der politischen Herrschaft auch dauerhaft arrangieren können (Mango 1999: 463; Haspolat 2003: 92; Ozankaya 2004: 93).

Bevor das Volk jedoch systematisch in die Entscheidungsprozesse der Politik einbezogen werden könne, mussten in einem überschaubaren Zeitraum zunächst die dazu erforderlichen institutionellen und kulturellen Voraussetzungen geschaffen werden. Zu diesem Zweck hatte Mustafa Kemal mit Hilfe seines kaum mehr bestrittenen Ruhmes als Befreier und Schöpfer der türkischen Nation ein autoritäres Ein-Parteien-Regime errichtet, in dem er das Sultanat ebenso wie das Kalifat abschaffte und die Säkularisierung der Kultur nicht weniger konsequent vorantrieb, wie die Parlamentarisierung der Politik. Allerdings hatte er in diesem Bemühen die politische Macht derart stark konzentriert, dass gegen das Regime nicht selten der Vorwurf des Totalitarismus erhoben wurde. Abwegig waren die

se Vorwürfe keineswegs. Denn kaum sieben Jahre nach der Republikgründung war der Staat mit den Parteistrukturen identisch und die Partei wurde konkurrenzlos von ihm dominiert (Tunçay 2005; Zürcher 2004: 179-181). Eine ernsthafte Auseinandersetzung mit diesen Vorwürfen fand nicht statt. Vielmehr wurde die Opposition zunehmend unter Druck gesetzt und selbst die moderaten Bedenken, die sich innerhalb des Regimes artikulierten, wurden bestenfalls ignoriert, in Krisenzeiten jedoch mit subversiver Propaganda gleichgesetzt und in den Verarbeitungsmodus der Staatssicherheitsgerichte überführt. Damit stand es dem Regime offen, Tempo und Qualität des politischen Wandels nach eigenem Ermessen zu bestimmen.

Der Gegensatz von totalitärer Regimepraxis und demokratischem Bekenntnis wurde innerhalb eines modernistischen Metanarrativs aufgehoben, das sich in etwa folgendermaßen formulieren lässt:

Will man den imperialen Übergriffen der Großmächte nicht zum Opfer fallen oder durch religiös und ethnisch bedingte Spannungen im Inneren des Landes auseinandergerissen werden, muss der Gang der Geschichte durch radikale Eingriffe in die bestehende Ordnung geändert werden. Da eine wahre und wirklich tragfähige Unabhängigkeit nur im Rahmen eines souveränen und republikanisch verfassten Nationalstaates gewährleistet werden kann und die Demokratie an diese Voraussetzung gebunden ist, wirkt sich jeder Eingriff zugunsten einer nationalstaatlichen Souveränitätsbildung zugleich auch positiv auf die Demokratisierungsaussichten des Landes aus. Aus diesem Grunde ist eine wirksame demokratische Transition nicht nur auf die Entmachtung traditioneller Eliten und separatistischer Bewegungen angewiesen. Es gilt auch die Macht in den Händen kompetenter Eliten zu konzentrieren. Das Ziel eines souveränen und im internationalen System wettbewerbsfähigen Nationalstaates ist von allzu großer Bedeutung und sollte nicht durch eine voreilige Öffnung des politischen Systems und der Gewährung allzu umfassender Freiheitsrechte aufs Spiel gesetzt werden.¹

Der Vorwurf, eine theokratische Diktatur lediglich mit einer modernen Variante ersetzt zu haben, ließ sich so als notwendige Zielstrebigkeit deuten. Seine Legitimität speiste dieses Narrativ aus dem diskursiven Kontext der Moderne und der darin enthaltenen Vorstellung, die menschliche Geschichte - oder genauer: das »Schicksal« menschlicher Kollektive – sei machbar. Der Glaube an die Konstruktionsfähigkeiten des Menschen hatte spätestens mit dem Erfolg der Jungtürken seinen privilegierten Platz auch im politischen Denken der Türkei eingenommen. Und von diesem imaginären Standpunkt betrachtet, bot all die Skepsis an der unnachgiebigen Konzentration der politischen Macht ein nur allzu leichtfertiges Spiel. Denn eine politische Herrschaft, die unter den Bedingungen einer »vorgefundenen Rückständigkeit« ein modernes Staatswesen formt, die Industri-

1 Dieses Narrativ habe ich aus einer kritischen Sicht selbstlegitimierender Äußerungen gewonnen, die im Laufe der Arbeit näher behandelt und belegt werden.

alisierung der ökonomischen Verhältnisse nachholt und die kollektive Identität an eine vernunftbegründete politische Kultur heranführt, könne keine diktatorische Herrschaft sein, auch wenn sie sich diktatorischen Praktiken bedient (Haspolat 2003). Die historische Aufgabe läge schließlich darin, »geeignete Bedingungen ... zu schaffen, die für eine pluralistische Politik nötig waren, um die Einparteienherrschaft überflüssig« werden zu lassen (Ahmad 1989: 346). Und wer wollte dieser Ambition die Legitimität verweigern oder gar leugnen, dass ihre Erfüllung einen entschlossenen Willen und eine ihr entsprechende Kräftebündelung erfordere.

Auf diese Weise präsentierte sich das Regime als eine progressive Kraft, die den verborgenen Triebkräften der Geschichte auf die Schliche gekommen ist und ihren Sinn und Zweck in einen für das Wohl des Landes anwendbaren Plan überführt hatte. Mit der Schubkraft dieser mitreißenden Planungs- und Vollzugsmoral, die gleichsam den Beweis ihrer Wahrhaftigkeit und Unschuld mitlieferte, hatte sich die autoritäre Staatsführung den Ruf der Unantastbarkeit zugelegt. Die Diktatur ließ sich so samt ihrer autoritären Praktiken zu einem notwendigen Stadium erklären, das auf dem Weg zu einer funktionierenden Demokratie unbedingt zu beschreiten sei. 1947, etwa 9 Jahre nach dem Tod Atatürks, wurde im Programm der von ihm gegründeten Republikanischen Volkspartei (*Cumhuriyet Halk Partisi - CHP*) und mit Blick auf die Schaffung der Voraussetzung für eine demokratische Transition dann eine durchweg positive Bilanz gezogen. Dort heißt es:

Unserer Partei ist es gelungen, im Land das Fundament einer für die nationale Organisation der politischen Herrschaft am geeignetsten angesehenen Regierungsform, die Republik, zu legen, die institutionellen Hindernisse für die Entwicklung des Volkes auszuräumen und die Grundlagen für eine fortschrittliche und demokratische Gemeinschaft zu legen (CHP Partei-Programm 1947, zit n. Parla 1992: 21, eigene Übersetzung).

Der Grund, warum hier die Programmatik der Kemalisten als ein modernistisches Narrativ bezeichnet wird, liegt darin, dass dort ein modernisierungstheoretisch inspirierter und technokratischer Sprachgebrauch dazu genutzt wurde, ein zutiefst idealistisches Vorhaben über eine Reihe erzählerisch gebundener Kausalannahmen zu rationalisieren und vor kritischen Einwänden abzuschotten. Dieses Narrativ weist zwei Eigenschaften auf, die für eine politikwissenschaftliche Arbeit von besonderem Interesse sind. Erstens ist die kemalistische Regimeelite implizit davon ausgegangen, dass sich die Spannung zwischen der praktizierten Logik der autoritären Modernisierung und der Vision einer demokratischen Machtdispersion innerhalb der initiierten Entwicklungsdynamik geradezu von selbst auflösen wird. Man war davon überzeugt, mit der Schaffung moderner politischer Institutionen auch jene Ursachen etabliert zu haben, die in ihrer kumula-

tiven Wirkung die Türkei an die »Speerspitze der Zivilisationen« führen. Zweitens lässt das Narrativ erkennen, dass die Programmatik des kemalistischen Regimes nicht auf genuin demokratischen Idealen beruhte, sondern geradezu enthusiastisch eine elitär-technokratische und nationalistische Weltauffassung idealisierte (Parla & Davison 2004). Die Betonung lag weniger auf den normativen Prinzipien einer demokratischen Gemeinschaft, als auf den für notwendig erachteten Techniken des Ausräumens und des Planens. Die positive Bilanz des Parteiprogramms jedenfalls bringt eher den Glauben an das von den Eliten bis dahin Erreichte zum Ausdruck und legt vielmehr Zeugnis von ihrer außerordentlichen Tatkraft ab, als dass sie den demokratischen Ethos des Regimes belegen könnte.

Obwohl dem kemalistischen Entwicklungsprojekt die demokratische Transition folgte und spätestens seit 1950 mit kurzen Unterbrechungen der parteipolitische Wettbewerb über ein formal institutionalisiertes Wahlregime sichergestellt wird, kann das politische System der Türkei heute nicht bedenkenlos zum Typus konsolidierter Demokratien gezählt werden. Zwar ist auch in der westlichen Politikwissenschaft der Eindruck noch weit verbreitet, dass sich die türkische Demokratie trotz einiger Rückschläge weitgehend konsolidiert habe (Rustow 1995b: 1277) und als eine »dauerhaft funktionierende Demokratie« aufgefasst werden müsse (Lewis 1998: 83f). Eine bemerkenswerte Reihe autoritärer Merkmalausprägungen legt aber die Vermutung nahe, dass es sich im Falle der Türkei um eine qualitativ eingeschränkte Demokratie handelt, deren Defizite oberhalb bloßer Übergangserscheinungen anzusiedeln sind. Offensichtlich haben sich in der türkischen Politik relativ konstante Praktiken und Beziehungsmuster herausgebildet, die nur bedingt mit demokratischen Herrschaftskriterien in Einklang zu bringen sind. Neben den durchaus funktionsfähigen formal-demokratischen Institutionen ist eine völlig andere Logik der politischen Entscheidungsfindung wirksam, die sich nicht ohne weiteres als demokratisch qualifizieren lässt. Dieser Problembefund lässt sich auf allen Ebenen des politischen Systems nachweisen, die für gewöhnlich herangezogen werden, um politische Prozesse zu untersuchen: (1) auf der Ebene der öffentlichen Diskursarena, also im Kontext der kollektiven Aushandlung politischer Regelungsbedürfnisse; (2) auf der Ebene der politischen Entscheidung, in der die ausgehandelten Forderungen zu politischen Direktiven überführt werden; und schließlich (3) auf der Ebene der administrativen Durchführung, in deren Folge die getroffenen Maßnahmen gesellschaftliche Bedeutung erlangen.

Öffentliche Diskursarena. Der politische Aktionsradius sowohl zivilgesellschaftlicher Akteure als auch politischer Parteien ist - verglichen mit westlichen Demokratien - qualitativ stark eingeschränkt. Politische Akteure werden über eine Reihe verbindlicher Rechtssätze und ungeschriebener Handlungsnormen an

die ideologischen Vorgaben des kemalistischen Einheitsstaates gebunden. Politische Willensbildungen werden also nicht nur prozedural, sondern auch substanzial strukturiert, um die von demokratischen Institutionen ausgehende Unsicherheit über die politischen *outcomes* zu kompensieren. Die Demokratie steht im Dienst des Einheitsstaates und nicht umgekehrt. Allerdings wird die ideologische Bindung von den politischen Akteuren nur selten als Zwang erlebt. Es lässt sich eine ausgeprägte ideologische Selbstbindung beobachten, die ethnonationalistisch und militaristisch ausgerichtet ist und den Vorrang des Staates stabilisiert. Nicht nur, dass der einheitsstiftende Nationalstaat in den Rechtfertigungsnarrativen der Akteure außergewöhnlich oft überhöht wird und absoluten Vorrang vor subjektiven Freiheitsrechten beansprucht. Für das Vaterland zu töten und zu sterben, gelten zudem als tugendhaft (Altınay 2004a). Dabei gibt sich zu erkennen, dass der militaristisch eingefärbte Nationalismus nicht der sozialen Abgrenzung innerhalb des internationalen Staatensystems dient, sondern insbesondere im nationalen Kontext ein massives Handlungsproblem für ethnische und religiöse Minderheiten darstellt. Deren Aktivitäten rufen, sofern sie öffentlich sichtbar werden, mit einer erstaunlichen Regelmäßigkeit die diffusen Gefahrenperzeptionen der türkischen Staatselite auf die Tagesordnung und können bisweilen eine »nationalistische Hysterie«² auslösen. Oft werden demokratisch legitime Forderungen mit terroristischen Straftaten gleichgesetzt und aus dem kollektiven Willensbildungsprozess ausgeklammert,³ besonders dann, wenn sich aus der multiethnischen Randgesellschaft ein kritisches Bewusstsein gegenüber der herrschenden Kollektividentität anmeldet. Dieses Phänomen wird von kritischen Kommentatoren als *Sévres-Syndrom* bezeichnet (Oran 2003) und bringt die seit den Balkankriegen vorherrschende Kollektivangst vor territorialer Zerstückelung zum Ausdruck.⁴ Diese existentiellen Ängste wurden in dem oben skizzierten Narrativ konserviert und konstituierten damit einen politischen Gründungsmy-

2 Fikret Adanir: Ist die Krise der Türkei überwunden? Aus: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 20. November 2007.

3 So etwa jüngst ein Urteil des Obersten Gerichtshofes, alle Teilnehmer von PKK-nahen Veranstaltungen, wie etwa Beisetzungen oder Protestläufen, strafrechtlich unter den Status eines Organisationsmitgliedes zu stellen. Siehe hierzu *Radikal* vom 15.11.2008. <http://www.radikal.com.tr/Default.aspx?aType=Detay&ArticleID=908480&Date=15.11.2008&CategoryID=77>.

4 Das hatte sich besonders drastisch mit dem politischen Mord an dem armenischen Journalisten Hrant Dink gezeigt. Aber auch die Morddrohungen gegen Orhan Pamuk, die bei der Festnahme eines Drahtziehers des Mordes wiederholt über die Nachrichtenformate ausgestrahlt wurden, sind hier ein hervorstechendes Beispiel für die anhaltende Bedeutung dieses Kollektivsyndroms.

thos - einen *mythomoteur* (Smith 1986: 57-68) - der die kollektive Identität der Türken als moderne Nation nach wie vor prägt.

Politisches Entscheidungssystem. Der für die Politikwissenschaft schlagkräftigste Hinweis für demokratische Qualitätsdefizite lässt sich mit der politischen Autonomie der türkischen Streitkräfte liefern. Im Zuge von fast fünf post-transitionalen Militärinterventionen (1960, 1971, 1980, 1998, 2007?),⁵ konnten die türkischen Militärs ihren Status in der Politik durch den sukzessiven Aufbau verfassungsrechtlicher Privilegien und informeller Handlungsspielräume festigen. Insbesondere der letzte großangelegte Versuch der Militärführung (1980-1983), der darauf abzielte, im Rahmen einer temporär begrenzten Übernahme der Staats- und Regierungsgeschäfte den politischen Handlungsraum so zu restrukturieren, dass ein geordneter Routineablauf in die Politik einkehrt, hat zu einer Reihe restriktiver Regelungen geführt, die außerhalb eines staatlich kontrollierten Parteiensystems kaum Spielraum für eine demokratische Willensbildung zulassen. Dem kommt hinzu, dass die verfassungsrechtlichen Privilegien der türkischen Streitkräfte nach wie vor resistent gegen demokratische Reformbemühungen sind (Jenkins 2007; Michaud-Emin 2007). Trotz jüngster Reformen ist die Militärführung über die Institution des Nationalen Sicherheitsrates (*Milli Güvenlik Kurulu - MGK*) noch immer effektiv am Regierungshandeln beteiligt und als demokratisch nicht legitimierte Institution aktiv in den politischen Entscheidungsprozess eingebunden. Sie wirkt als staatliche Kontrollinstanz in der türkischen Innen- wie Außenpolitik (Jenkins 2001; Sakallıoğlu 1997; Yetkin 1995; Parla & Öncü 1990; McFadden 1985; Özcan 2002).⁶ Es ist in diesem Kontext wichtig zu beachten, dass im Gründungsmythos der türkischen Nation den Militärs eine elementare Bedeutung zugeschrieben wird. Sie gelten als Behüter des republikanischen Einheitsstaates und als Organisatoren des Ausräumens von Entwicklungshindernissen. Mit der öffentlichen Inszenierung dieses Mythos wird eine Atmosphäre erzeugt, die außerordentlich günstig für subtile bis relativ klare Eingriffe der Militärs in politische Angelegenheiten ist und darüber hinaus auch jene *semi*-zivilen Akteure im politischen Raum privilegiert, die das relativ

5 Die Absetzung Necmettin Erbakans am 28. Februar 1999 durch eine Deklaration der Militärführung wird als *postmodern coup* bezeichnet. In der Einschätzung des jüngsten Memorandums vom 27. April 2007, der zum vorläufigen Scheitern des von der AKP aufgestellten Kandidaten für das Staatspräsidentenamt geführt hatte, ist man sich noch uneinig. Er wird aber wohl als *e-memorandum* in die jüngere türkische Geschichte eingehen, und es gibt gute Gründe, dieses subtile Einmischen als eine Intervention zu werten.

6 Es wird oft vernachlässigt, dass die türkischen Streitkräfte kontinuierlich zu einem ökonomischen Akteur herangewachsen sind und seit den 1960er Jahren über die OYAK (*Ordu Yardımlaşma Kurumu* - Pensionsfond der Armee) im zivilen Sektor steuerfrei Profite erwirtschaften (Parla 1998; Akça 2004; Demir 2005).

hohe Maß an gesellschaftlicher Anerkennung der Militärs in entsprechende Unterstützungformen konvertieren können, ohne dass die Armeeführung aktiv in die Politik eingreifen und demokratische Prozeduren verletzen muss. Dies hat dann etwa zur Folge, dass die vielfältigen Integrationsprobleme des Landes unter sicherheitspolitischen Perspektiven betrachtet und zivile Lösungen dagegen nicht selten als Bestandteil einer terroristischen Strategie delegitimiert werden.⁷

Administrative Durchführung. Seit der in Helsinki 1999 in Aussicht gestellten Beitrittsperspektive in die EU hat es in der türkischen Politik eine bemerkenswerte Reihe liberaler Reformprojekte gegeben. Es haben sich im Bereich der administrativen Durchführung der Reformpolitik, also in der Implementierungsphase, aber massive Blockaden aufgetan, die einer substanziellen Aushöhlung der Reformen gleichkommen. Nicht nur, dass angemahnte Bestimmungen im Rechtskorpus einfach verschoben wurden, wie etwa jüngst Art. 159 des aus dem faschistischen Italien übernommenen Strafgesetzbuches, der die Beleidigung des Türkentums unter strafrechtliche Verfolgung stellt und mit der Reform nahezu wortgetreu in Art. 301 des Rechtstextes untergebracht wurde. Auch in der faktischen Umsetzung beschlossener Reformschritte äußerte sich ein mangelnder Implementierungswille, wie sich z.B. in der Gewährung muttersprachlichen Unterrichts für Kurden, aber auch in den reformierten zivilmilitärischen Beziehungen deutlich gezeigt hat. Ein weiterer Trend liegt in der Wiedereinführung restriktiver Regelungen und Gesetze, die noch auf Druck der EU fallengelassen wurden; z.B. die Wiedereinführung des umstrittenen Anti-Terror- Gesetzes im Frühjahr 2006 oder die Lockerungen im Schusswaffengebrauch im polizeilichen Dienst, die im Frühjahr 2007 auf den Weg gebracht wurden. Auf dieser Ebene der türkischen Politik wird deutlich, dass die Staatsbürokratie bisweilen als politischer Akteur auftritt, der in der Stabilisierung demokratischer Strukturdefekte eine wesentliche Rolle spielt.

Auf allen Ebenen des politischen Prozesses lassen sich folglich qualitative Defizite nachweisen und es besteht Grund zu der Annahme, dass die Funktionsweise der türkischen Demokratie durch einen noch näher zu spezifizierenden Zusammenhang dieser drei Beobachtungsstränge bestimmt wird. Ich gehe hier davon aus, dass dieser Zusammenhang eine restriktive Logik für den politischen Prozess konstituiert, die auch unterhalb demokratischer Institutionen und Verfahren wirksam ist. Ferner gehe ich davon aus, dass sich diese Logik als Reflexionsgegenstand für eine begriffliche Annäherung an das Phänomen »Hybridität« geradezu anbietet. Ein solcher Begriff müsste also erstens die ideologische

7 <http://www.bianet.org/bianet/kategori/bianet/105321/buyukanit-siyasi-cozum-onerilerini-isladioperasyonlar-surecek-dedi> (letzter Zugriff am 04.03.2008).

(Selbst-)Bindung registrieren können, die sich im interpretativen Kontext kollektiver Willensbildungen ausdrückt. In diesem Kontext wären zweitens die politischen Privilegien der Militärführung (oder allgemeiner: demokratisch nicht legitimer Akteure) zu berücksichtigen. Drittens wird zusätzlich dazu die Tendenz der staatsbürokratischen Elite zu beachten sein, demokratische Reformen gemäß den ideologischen Vorgaben des Kemalismus zu dekonstruieren. Demokratietheoretisch lässt sich dieser Problemzusammenhang folgendermaßen zum Ausdruck bringen: Einigen gesellschaftlichen Bedürfnissen wird im Rahmen der gesellschaftlich etablierten Kollektividentität das Recht verwehrt, sich über öffentliche Auseinandersetzungen in politische Forderungen zu übersetzen. Falls dies doch geschehen sollte, greift ein komplexes System von formellen, informellen und diskursiven Barrieren, die entweder den Zugang zum politischen Entscheidungssystem blockieren oder aber die Forderungen im Verwaltungsvollzug derart verwässern lassen, dass das Prinzip der demokratischen Interessenaggregation durch eine staatlich forcierte Strukturierung des kollektiven Willens untergraben wird. Es ist also davon auszugehen, dass das politische System der Türkei zwar die zentralen institutionellen Eigenschaften einer Demokratie aufweist, diese Eigenschaften aber in einen näher zu bestimmenden Kontext eingebunden sind, der den Militärs und rechtspopulistischen Akteuren außerordentliche politische Vorteile verschafft.

Ziel der Arbeit

Das Ziel der Arbeit besteht darin, diesen Problembefund aus der Perspektive eines interpretativ-praxeologischen Forschungsdesigns zu untersuchen. Im Zentrum der Studie steht der Begriff der Hybridität und mit ihm die Frage, wie es möglich war, dass sich die politische Autonomie der türkischen Generalität nahezu parallel zur Etablierung demokratischer Institutionen ausbilden konnte und das politische System des Landes heute weder als reife Demokratie noch als ein vollwertiges autoritäres System bezeichnet werden kann. Dabei soll überprüft werden, inwiefern aus dem oben skizzierten Entwicklungsnarrativ strukturbildende Resultate hervorgegangen sind, die die oben geschilderte restriktive Logik des demokratischen Prozesses in der Türkei konstituieren. In diesem Versuch kommt es darauf an, das modernistische Narrativ von der Machbarkeit der Geschichte mit einer Alternative zu konfrontieren, die von den Grenzen des Dispositionsspielraumes des politischen Handelns erzählt und imstande ist, ihre Prämissen kritisch zu reflektieren.

Für die Wahl des interpretativen Ansatzes sind zwei Gründe ausschlaggebend. Erstens, weil sich mit Hybridität kein theoretisches Problem stellt, das die Zuordnung von bestimmten Realfällen zu den in der Disziplin etablierten Regime-typen erschwert. Vielmehr muss unter Hybridität ein kulturelles Phänomen verstanden werden, das im Kontext von kreativen Neukonstruktionen kollektiver Identitäten und politischen Herrschaftstechniken empirisch zu rekonstruieren ist. Ich bin ganz in diesem Sinne weniger an der Erweiterung des Typologie Registers, als an einer ausdrücklichen Nähe zum Forschungsgegenstand interessiert und der interpretative Ansatz macht es mir möglich, diese Nähe auf eine forschungsstrategisch sinnvolle Weise zu suchen. Die Typendiskussion wird damit zum Ziel und nicht zum Ausgang der empirischen Arbeit erklärt. Zweitens schließt die spezifische Art der Problemkonstruktion und Zielsetzung der Arbeit die Anwendung paradigmatischer Erklärungsansätze aus, wie sie die politikwissenschaftliche Transformationsforschung vorwiegend unter handlungs- und strukturtheoretischen Argumentationen verhandelt. Sie macht es erforderlich, dass ich mich dem Phänomen Hybridität nicht nur mit einer fallnahen Arbeitsweise annähere, sondern diese Nähe auch aus einer theoretischen Perspektive suche, die den Narrativen nicht grundsätzlich die wirklichkeitskonstruierende Kraft abspricht. Damit schließe ich mich also nicht nur aus den Typologie Debatten, sondern auch aus den konventionellen Theorie Diskussionen der politikwissenschaftlichen Transformationsforschung aus, in denen die Triebkräfte des politischen Wandels entweder aus den rationalen Strategien machtvoller Akteure oder aus den strukturellen Dynamiken der Moderne deduziert werden. Die so entstandene Theorie-Lücke wird ebenso wie die Methoden-Lücke im Rückgriff auf das interpretative Forschungsprogramm geschlossen. So zielt die Leitfrage der Arbeit nicht etwa auf die Ursachen für den problematisierten Befund ab. *How-possible* Fragen, wie ich sie hier gestellt habe, sollen vielmehr eine methodisch reflektierte Beschäftigung mit offenen Möglichkeitsräumen erlauben. Es geht darum, die Schließung dieser kontingenten Räume mit Bezug zu den Legitimitätskontexten, dem sinnhaften Handeln der Akteure und mit Blick auf die bestehenden Herrschaftspraktiken zu rekonstruieren und sie nicht mit Wirkungsannahmen zu überladen, die theoretisch vorgegeben wurden und sich der Erfahrungswelt der jeweiligen Fälle entziehen.⁸ Auf diese Weise lässt sich eine besondere Sensibilität für die Akteur-Struktur-Problematik entwickeln, die in den beiden Analyse-kategorien »Akteur« und »Struktur« keine Gegensätze mehr sieht, sondern gezielt ihre wechselseitige Abhängigkeit in den Fokus rücken kann. Zu-

8 Für eine Darlegung der Rekonstruktionslogik siehe Herborth 2009 und für den Unterschied zwischen Wie- und Warum-Fragen siehe Doty 1993.

dem wird es so auch möglich, dem kulturellen Aspekt des Problembefundes gerecht zu werden.

Die Arbeit sollte daher nicht nur als eine empirische Analyse zu den qualitativen Strukturdefiziten der türkischen Demokratie gelesen werden. Da das Land aufgrund seiner bemerkenswerten Geschichte hochgradig prekärer Demokratisierungen einen geeigneten Zugang zur Problematik der Entstehung und Verfestigung hybrider Systeme bietet, soll auch ein forschungsstrategischer Mehrwert erzielt werden, der sich unter der Frage nach der »Theoriefähigkeit makrosozialer Analysen« (Mayntz 2002) bzw. den Möglichkeiten, empirische Beobachtungen zu theoretisieren (Kalthoff, Hirschauer & Lindemann 2008) einordnen lässt. Ein solcher Mehrwert kann ganz allgemein in der Erweiterung der empirischen Demokratieforschung um kulturwissenschaftlich fundierte Ansätze gesehen werden. Auf diese Weise lassen sich die erforderlichen Alternativperspektiven auf die Frage eröffnen, wie die globale Diffusion der Demokratie (Huntington 1991) eine qualitative Varianz hervorbringen konnte, in der nicht nur reine Übergangsdefizite, sondern auch die Genese neuer Systemtypen zum Ausdruck kommen. Hierbei kann das politische System der Türkei durchaus als eine *most crucial case study* (Eckstein 1975) aufgefasst werden, wobei die interpretative Fundierung der Arbeit das Prinzip der Einschlägigkeit von Einzelfalluntersuchungen auf einer höheren Abstraktionsebene ansetzt (Flyvbjerg 2006).

Zusammenfassend lässt sich hierzu festhalten, dass die Arbeit den Fall Türkei nicht einfach nur typologisch zuordnen oder an diesem ausgewählten Beispiel bestimmte methodische Probleme der typologischen Zuordnung bewältigen möchte. Dies würde voraussetzen, dass die grundlegenden Charakteristika des bisher nur annähernd skizzierten Typus von Hybridität (»qualitativ eingeschränkte Demokratie«) bereits bewusstseinsfähig gemacht worden sind und einschlägige Fälle wie die Türkei auf ihre Passfähigkeit hinsichtlich davon hergeleiteter Indikatoren geprüft werden könnten. Vielmehr soll versucht werden, den analytischen Rahmen bestehender Regimetypen zu überschreiten und den Vorgang der Hybridisierung als ein empirisch kontingentes Phänomen zu begreifen, dessen Rekonstruktion zunächst theoretisch ermöglicht werden soll. Terminologisch lässt sich dieser Versuch am Begriff der Strukturierung ansetzen, den Anthony Giddens in die sozialwissenschaftliche Forschung eingeführt hat. So gesehen wäre Demokratisierung aus dem Vorgang der Staatsentwicklung heraus zu rekonstruieren und auf diese Weise ließe sich auch das Untersuchungsziel einer Kritik an den inhärenten Grenzen eines kemalistischen Modells demokratischer Institutionen systematisch fundieren und mit empirisch reichhaltigem Rückbezug zu seiner historischen Genese entwickeln.